Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich Mk., auf dem Lande Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. mit Zustellungsgebühr. Für Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Inseratenpreis Mk. für die 6-gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 2spaltige Korpuszeile Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile Mk. Nachweisungs-Gebühr Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

81. Jahrgang. Nr. 249 — **Dienstag / Mittwoch 14. / 15. November 1922.**

Amtlicher Teil.

Donnerstag den 16. November abends 6 Uhr öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Wilsdruff, am 13. November 1922. Der Stadtverordnetenvorsteher.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Man rechnet für diese Woche mit dem Zusammentritt der Bankierkonferenz in Paris, die unter dem Vorsitz Morgans die Stabilisierung der Mark beraten soll.
* In Berlin sind Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern über eine Erweiterung des Kabinetts im Gange.
* Die sächsischen Sozialdemokraten haben die Kommunisten offiziell aufgefordert, an der Neubildung der sächsischen Regierung teilzunehmen.
* In London verlautet, daß die englische Regierung den ihr erwünschten Frieden im Orient erlangen könne, wenn sie den Franzosen freie Hand in der Reparationsfrage lasse.
* Clemenceau ist nach Amerika abgereist.
* Die Wahlen zum polnischen Sejm haben 89 nichtpolnische Abgeordnete in das Parlament gebracht.

Regierungsumbau.

Die Pläne des Reichskanzlers Dr. Wirth, das Reichskabinett, in welchem bekanntlich schon seit langer Zeit die Posten des Außenministers und des Wiederaufbauministers unbesetzt sind, zu ergänzen und es gleichzeitig auf eine breitere politische Basis zu stellen, reichen schon längere Zeit zurück. Der Hauptanlaß, der für eine solche Erweiterung der Reichsregierung maßgebend war, ist darin zu suchen, daß die schwierigen außen- und innenpolitischen Aufgaben auch nach der Ansicht der bürgerlichen Koalitionsparteien von der jetzigen Regierungsmehrheit nicht in zufriedenstellendem Sinne bewältigt werden können. Durch die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien ist der Schwerpunkt der Koalition so weit nach links verschoben, daß die Demokraten und das Zentrum den lebhaften Wunsch äußerten, das frühere Gleichgewicht durch Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei wieder herzustellen.

Die Verhandlungen, die darüber bereits im Gange waren, sind durch die Reise der Reparationskommission nach Berlin unterbrochen worden. Nunmehr aber, nachdem die Pariser Delegierten uns wiederum verlassen haben, will man mit aller Beschleunigung den Regierungsumbau durchführen, und zwar möglichst so rasch, daß das erweiterte Kabinett bereits bei Gelegenheit der für Dienstag in Aussicht genommenen großen Kanzlerrede dem Reichstage vorgestellt werden kann. Der Reichspräsident hat eine Unterredung mit dem Reichskanzler gehabt, in welcher beide Herren sich über diesen Plan einigten. Die Meldung einzelner Blätter, daß der Reichspräsident dabei dem Reichskanzler den formellen Antrag zur Umbildung des Kabinetts erteilt habe, ist jedoch nicht richtig. Es wird vielmehr von amtlicher Stelle nachdrücklich betont, daß von einer Krisis, welche die Voraussetzung eines solchen Auftrages sein müßte, nicht die Rede sein kann, und daß es sich nur darum handelt, den alten Plan des Kanzlers in aller Ruhe durchzuführen, nämlich, wie es in einer amtlichen Mitteilung heißt, „einige erfahrene und beherzte Männer zu gewinnen", die ihn in der Durchführung seiner Politik unterstützen.

Diese Form einer Kabinettsumbildung ist absichtlich gewählt worden, um den Schwierigkeiten zu entgehen, welche die Sozialdemokratie einer formellen Erweiterung der Koalition entgegenstellt. Die sozialdemokratischen Führer, und in noch stärkerem Maße die sozialdemokratische Presse, haben schon seit längerer Zeit sich so energisch gegen jede Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei gewehrt, daß es ihnen jetzt unmöglich erscheint — wenigstens vorläufig — von diesem Grundsatze abzugehen. Nun wünschen aber Zentrum und Demokraten die Mitarbeit der Volkspartei. Dieser Wunsch wird besonders nachdrücklich vom Auslande, namentlich von England, unterstützt, wo man an sehr maßgebenden Stellen wiederholt äußerte, eine Verständigung zwischen Deutschland und der Entente würde viel leichter sein, wenn die im internationalen Wirtschaftsleben stehenden deutschen Großindustriellen, die in der Deutschen Volkspartei zumeist organisiert sind, dabei aktiv mitwirken könnten. Der Kanzler ist von der Richtigkeit dieses Gedankenganges ebenfalls überzeugt, möchte aber doch die formelle Hinzuziehung der Volkspartei wenigstens so lange vermeiden, als die Sozialdemokratie in diesem Falle nicht nur selbst aus der Regierung austreten, sondern, wie der Vorwärts ankündigt, dem dann entstehenden bürgerlichen Minderheitskabinett scharfe Opposition machen würde.

Gegenwärtig sind also Verhandlungen im Gange, um das Kabinett ohne Veränderung der Koalition zu erweitern. In erster Linie wird wieder einmal der schon oft als Ministerkandidat aufgestellte Generaldirektor der Hapag, Geheimrat Cuno, als künftiger Minister des Auswärtigen genannt. Weiterhin wird außer dem Wiederaufbauministerium vielleicht noch ein Ministerposten ohne Portefeuille neu besetzt werden. Man spricht auch davon, daß im Wirtschafts- und Verkehrsministerium, möglicherweise auch im Postministerium, eine Personenveränderung eintreten könne. Fraglich ist natürlich noch, wie die Deutsche Volkspartei sich zu diesem Plane stellt, und ob sie damit einverstanden ist, daß die ihr nahestehenden Persönlichkeiten an einer Regierung teilnehmen, zu deren parlamentarischer Basis die Volkspartei selbst nicht gehört. Man nimmt an, daß an dieser Frage der ganze Plan nicht scheitern wird. Sollte das doch der Fall sein, so erhebt sich die Frage, ob das Kabinett nur um- oder völlig neu gebildet werden soll.

Wahrscheinlich würde man dann das ganze Kabinett zum Rücktritt veranlassen und Dr. Wirth vom Reichspräsidenten mit der Neubildung des Ministeriums beauftragen lassen. Das neue Kabinett soll im wesentlichen den Charakter einer Regierung bekommen, die speziell den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands als ihre Aufgabe ansieht. Die Fraktionen werden sich vielleicht auch völlig freie Hand vorbehalten und von Fall zu Fall ohne eine bestimmte Koalition Mehrheiten für den Kanzler bilden. Vorläufig sind noch Beratungen darüber im Gange. —m.

*

Ein demokratisches Wirtschaftsprogramm.

Im Zusammenhang mit den Bestrebungen auf Umbildung des Reichskabinetts haben die Demokraten ein Programm beschlossen, welches folgende Leitgedanken enthält:

1. Steigerung des Nutzeffekts der wirtschaftlichen Arbeit durch Arbeitsentlohnung nach der Arbeitsleistung, stärkere Differenzierung des Lohnes zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, Zulassung der freien Vereinbarung über Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der Zwangswirtschaft.
2. Staatliche und privatwirtschaftliche Ersparnismaßnahmen durch Einschränkung der Luxuseinfuhr, Verminderung der Beamtenschaft, Reform der Reichseisenbahn- und Postverwaltung, Vereinfachung des Parlamentsbetriebes.
3. Erleichterung der Ausfuhr durch Abbau der Auslandskontrolle und der Ausfuhrabgabe.
4. Steuerpolitische Maßnahmen: Anpassung der Steuereinnahmen des Reiches an die Geldentwertung, Vereinfachung der Steuergesetzgebung.
5. Ordnung des Kapitalverkehrs durch Aufhebung des Depotzwanges und Wiedereinführung des Bankgeheimnisses.

*

Die Rede des Abg. Stinnes,

die infolge der Angriffe des Vorwärts teilweise bekannt geworden war, ist daraufhin vom Reichswirtschaftsrat in ihrem Wortlaut veröffentlicht worden. Stinnes erklärte es als die bestimmte Auffassung der Industrie, daß die Mark stabilisiert werden muß, daß wir zu bedeutender Mehrarbeit übergehen müssen, daß dann aber auch bei einer entsprechenden Produktionssteigerung die Zahlung von Goldlöhnen notwendig sei. Er erklärt sich als einen Gegner der Stabilisierung der Mark „um jeden Preis", weil diese mit untauglichen halben Maßnahmen arbeiten. Schließlich wünscht er eine stärkere Aktivität aller wirtschaftlichen und politischen Faktoren unter der Führung der Reichsregierung.

Der Kampf gegen Versailles.

Ein Aufruf an die Volksgemeinschaft.

Der „Arbeitsausschuß deutscher Verbände" erläßt einen Aufruf, in welchem auf die katastrophalen Folgen des Diktats von Versailles eingegangen und weiterhin gesagt wird:

„Wir fordern die Revision des unerträglichen und unhaltbaren Diktats von Versailles, das ein Vertragsbruch ist, nachdem die Innehaltung des Wilson-Programms förmlich versprochen war. Wir fordern aber auch, daß die Urheberschaft des Krieges in der ganzen Welt erkannt wird. Was wir suchen und verlangen, ist nichts als

der Sieg des Rechts!

Was uns aufrechterhält, ist der Glaube an unsere unverbrüchliche Volksgemeinschaft! In diesen Tagen der höchsten Not wendet sich der „Arbeitsausschuß deutscher Verbände", in dem gegen 600 kulturelle, politische und wirtschaftliche Verbände der verschiedenen politischen Richtungen zusammengeschlossen sind, an das deutsche Volk mit der Mahnung, alles zu tun, um das höchste Maß von Einigkeit und Geschlossenheit gegenüber der Gefährdung unseres Volkslebens durch fremde Gewalt zu erreichen. Seid einig im Kampfe gegen das Versailler Diktat!"

In der Hamburger Bürgerschaft wurde ein demokratisch-sozialistischer Antrag angenommen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges schärfer als bisher bekämpft werde. Ihre Widerlegung vor der ganzen Welt sei die Vorbedingung für die Befreiung Deutschlands aus seiner heutigen Lage und für die Herbeiführung des wahrhaften Friedenszustandes zwischen den Völkern!

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neue deutsch-belgische Grenze.

Gemäß Artikel 35 des Vertrages von Versailles ist seinerzeit eine siebenköpfige Kommission beauftragt worden, an Ort und Stelle die neue Grenzlinie zwischen Deutschland und Belgien festzulegen. Fünf Mitglieder der Kommission wurden von den alliierten Hauptmächten, eines von Deutschland und eines von Belgien ernannt. Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt und sind für beide interessierten Staaten obligatorisch. Die Arbeiten dieser Kommission sind jetzt beendet und werden in Kürze bekanntgegeben.

Das neue Jugendgerichtsgesetz.

Der Entwurf des Jugendgerichtsgesetzes ist dem Reichstag zugegangen. Durch den Entwurf wird die Strafmündigkeit gegenüber dem geltenden Recht von zwölf auf vierzehn Jahre erhöht und mit achtzehn Jahren begrenzt. Jugendliche unter vierzehn Jahren können wegen strafbarer Handlungen nicht zur Verantwortung gezogen werden. Den Kern des Gesetzes bilden Bestimmungen, die in erster Linie an Stelle der Strafe Erziehungsmaßregeln in Aussicht nehmen. Ferner wird bestimmt, daß, wenn das Gericht Erziehungsmaßregeln für ausreichend hält, von einer Strafe abzusehen ist. Für die Aburteilung von Jugendlichen werden besondere Jugendgerichte eingesetzt.

Übertriebene bayerische Putschgerüchte.

Die bayerische Regierung ist bereits am 4. November den Gerüchten über angebliche Putschgefahren in Bayern entgegengetreten. Trotzdem sind die Tendenzmeldungen dieser Art nicht verstummt, sondern werden hartnäckig weiterverbreitet. Die dadurch erzeugte Stimmung kann Auswirkungen hervorrufen, die gar nicht vorauszusehen sind. Daher wird amtlich erneut an die Bevölkerung die dringende Aufforderung gerichtet, die Besinnung zu bewahren und nicht durch die Verbreitung von haltlosen Gerüchten die Erregung noch zu steigern.

In Gefangenschaft verstorbene Deutsche.

Auf eine Anfrage hat der Reichsminister des Innern Dr. Köster eine Zusammenstellung über deutsche in der Gefangenschaft verstorbene Soldaten bekanntgegeben. Die vom Ausland mitgeteilte Zahl der in Kriegsgefangenschaft gestorbenen Deutschen betrug insgesamt 55 066. Es entfallen hiervon auf Frankreich und Belgien 25 229, auf England 9939, auf Amerika 951 auf Rußland ganz wenige, auf Rumänien 2537. Die von deutscher Seite geschätzte Höchstzahl der verstorbenen Kriegsgefangenen ist 122 000. Hierauf entfallen auf Frankreich und Belgien 38 000, auf England 9939, auf Amerika 951, auf Rußland 66 000, auf Rumänien 5000.

Russische Millionen für die deutschen Kommunisten.

Im Vorwärts lesen wir: „Daß die Sowjetfiliale in Deutschland von Moskau rege unterstützt wird, war bisher keine Neuigkeit, offen blieb immer nur die Frage, wie hoch diese Unterstützungen sind. Der Zufall gestattete uns Einblick in den Rechnungsabschluß der Zentrale der KPD. in Berlin. Da ist zu lesen: Ausgabe für den Monat August 23 750 000 Mark; Zuschuß aus Moskau 30 000 000 Mark! Für den Monat September 50 250 000 Mark; Zuschuß aus Moskau 47 500 000 Mark! Es verbleibt also aus den hohen russischen „Zuwendungen" immer noch ein leidlicher Überschuß. Das Erbärmliche ist," so heißt es im Vorwärts weiter, „daß Millionen der Sowjetregierung nach Deutschland wandern, während unter den kommunistischen Arbeitern im Reiche Beiträge für das hungernde russische Volk gesammelt werden."

Rußland.

× **Graf Brockdorffs Aufgaben.** In einer Unterredung äußerte der neue deutsche Botschafter in Moskau Graf Brockdorff-Rantzau seine große Befriedigung über den ihm bereiteten Empfang. Seine Mission bestehe in der Schaffung eine Atmosphäre größten Vertrauens und größter Herzlichkeit zwischen den beiden Völkern. Er habe die Überzeugung gewonnen, daß die Sowjetmacht unerschütterlich sei und daß dem russischen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF